

ZITIERT

„Wer meint, soziale Probleme ließen sich durch Spenden Reicher lösen, irrt gewaltig. Auch wenn sich durch Spenden viel Gutes bewirken lässt, taugen sie nicht als Heilmittel für eine verfehlte Politik. Man sollte auch nicht vergessen, dass die unendlichen Profite, die die Superreichen gemacht haben, durch eine Politik zu ihren Gunsten überhaupt erst ermöglicht wurden.“  
Sahra Wagenknecht, deutsche Parlamentarierin (Die Linke)



„Mit dem Krankjammern des Pensionssystems sollen die Menschen verunsichert werden. Offenbar will man sie den privaten Pensionsversicherern in die Arme treiben“  
Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB

„So ein Paket hat Österreich seit 1945 nicht gesehen“  
Finanzminister Josef Pröll über das Budget 2011 („Presse“, 25. 8. 2010)

**Unsinnige Grüne Zonen**

„Viele Ausweitungen der grünen Zonen sind Unsinn“. Das brachte KPÖ-Stadträtin Elke Kahr im Stadtsenat zur Sprache. Z.B. der Neufeldweg. Da parken ausschließlich Anwohner, bei denen die neuen Grünen Zonen großen Unmut ausgelöst haben. Sie müssen um eine – kostenpflichtige – Ausnahmegenehmigung ansuchen. Es wird überlegt, die Grünen Zonen am Neufeldweg wieder abschaffen. Darüber hinaus sollen im Oktober alle Grünen Zonen auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden.

ÖVP DROHT MIT KÜRZUNG DER WOHNBEIHLIFE



**Wohnen macht arm**

Die Wohnbeihilfe soll – anstatt nach fünf Jahren endlich wertangepasst zu werden – in die alte Form zurückgeführt und gekürzt werden. Die KPÖ wehrt sich gegen immer weitere die Belastungen der Steirerinnen und Steirer.

„Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Die Wohnbeihilfe NEU soll Wohnen für alle Menschen in der Steiermark leistbar machen.“

Das sagten Landeshauptmann Voves und sein Stellvertreter Flecker im Jahr 2005. Neu war damals ein leichter Zugang sowie die Berücksichtigung der Betriebskosten.

Nach der Landtagswahl am 26. September droht der Hammer: Die Bundesregierung will ihr Bankenrettungspaket durch Einsparungen bei der Wohnbauförderung finanzieren. ÖVP-Schützenhöfer ist

mit von der Partie und will die Wohnbeihilfe in ihre alte Form umwandeln. Ein sozialpolitischer Super-GAU, der unzählige Menschen in den Abgrund stürzen könnte.

Schützenhöfer hofft auf einen Gewinn von 30 Millionen Euro – zu Lasten der ärmsten Mieter in der Steiermark, zum Vorteil für die maroden Banken, so KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr. Immer öfter kommen Menschen ins Büro der Wohnungsstadträtin, denen trotz Wohnbeihilfe nach Abzug von Miete und Betriebskosten gerade 100 Euro pro Monat zum Leben bleiben. Wenn die Wohnbeihilfe ALT wiederkommt, bleibt diesen Menschen gar nichts mehr fürs tägliche Leben.

Statt derartiger ungerechter Belastungspläne sollte die Wohnbeihilfe der Geldentwertung angepasst werden, sagt Elke Kahr. Fälle wie jener der Pensionistin Frau R., die heuer pro Monat knapp 40 Euro weniger hat als bei Einführung der Wohnbeihilfe

Neu 2005, kommen oft vor. Elke Kahr: „Man sollte bei den Millionären Steuern kassieren und nicht die Mieter aus den Wohnungen treiben.“

Die KPÖ kämpft seit Jahren um die Wertanpassung der Wohnbeihilfe. „Aber wir werden nicht locker lassen“, verspricht Elke Kahr. Ebenso wenig wie im Einsatz für mehr öffentliche Wohnbauten. Diese sind als Gegengewicht zum privaten Wohnungsmarkt dringend notwendig.

Warum wird nicht statt zweifelhafter Groß-Bauprojekte mit wenig Nutzen mehr sozialer Wohnbau betrieben, fragt die KPÖ.

**Wohnbeihilfe ALT (von ÖVP geplant)**

- Weniger Anspruchsberechtigte
- Weniger Geld für Familien und Einzelpersonen mit niedrigem Einkommen
- Keine Förderung der Betriebskosten

**RAT UND HILFE IN WOHNUNGSFRAGEN**

**Mieterschutzverband**  
Sparbersbachgasse 61  
Tel. 0316 / 38 48 30  
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)  
Sprechstunden – Bitte um telefonische Voranmeldung!  
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr  
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr  
[www.mieterschutzverband.at](http://www.mieterschutzverband.at)